

Niederschrift SA/018/2023

über die öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Schulausschusses
der Stadt Rheine
am 14.11.2023

Die heutige Sitzung des Schulausschusses der Stadt Rheine, zu der alle Mitglieder ordnungsgemäß eingeladen und - wie folgt aufgeführt - erschienen sind, beginnt um 17:03 Uhr im Sitzungssaal 126 des Neuen Rathauses.

Anwesend als

Vorsitzender:

Herr Stefan Gude	CDU	Ratsmitglied/Vorsitzender
------------------	-----	---------------------------

Mitglieder:

Frau Marlen Achterkamp	CDU	Ratsmitglied/2. Stellv. Vorsitzende
Herr Sascha Drescher	CDU	Sachkundiger Bürger
Frau Janine Heile-Limberg	FDP	Ratsmitglied
Herr Jens Krage	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Ratsmitglied
Frau Claudia Kuhnert	fraktionslos	Ratsmitglied
Herr Udo Mollen	SPD	Sachkundiger Bürger
Frau Claudia Reinke	CDU	Ratsmitglied
Herr André Schaper	SPD	Ratsmitglied/1. Stellv. Vorsitzender
Herr Lars Wever	SPD	Sachkundiger Bürger
Frau Helena Willers	CDU	Ratsmitglied
Herr Josef Wilp	CDU	Sachkundiger Bürger

beratende Sachkundige Einwohner:

Frau Maja Dirks		Stadtschüler/-innenvertretung
Frau Doris Hasenkamp-Jakob		Ausschussmitglied Vertreter der kath. Kirche
Herr Vincenzo Pirone		Sachkundiger Einwohner f. Integrationsrat

Frau Linda Rezmer		Sachkundige Einwohnerin f. Beirat für Menschen mit Behinderung
Herr Eckhard Roloff	SPD	Ausschussmitglied Vertreter der ev. Kirche

Vertreter:

Herr José Azevedo	CDU	Vertretung für Frau Melanie Ehrhardt
Herr Marco Ferenz	BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN	Vertretung für Herrn Abdeslam Nordine
Herr Heinz-Jürgen Jansen	DIE LINKE	Vertretung für Herrn Thomas Schürmann
Herr Dr. Manfred Konietzko	CDU	Vertretung für Herrn Markus Tappe
Herr Heiko Schomaker	UWG	Vertretung für Herrn Rainer Ortel
Frau Vera Schütz		Vertretung für Frau Cornelia Baars

Gäste:

Frau Sandra Matzelle		Sprecherin der Stadtschulleiterkonferenz
Frau Beatrix Meyer		Sprecherin der Grundschulen

Verwaltung:

Herr Raimund Gausmann		Beigeordneter
Frau Wiebke Gehrke		Leiterin Fachbereich 8
Frau Marica Mrozek		Schriftführerin
Frau Heike Theising		Stellv. Schriftführerin

Entschuldigt fehlen:

Mitglieder:

Frau Melanie Ehrhardt	CDU	Ratsmitglied
Herr Abdeslam Nordine	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Sachkundiger Bürger
Herr Rainer Ortel	UWG	Ratsmitglied
Herr Thomas Schürmann	DIE LINKE	Sachkundiger Bürger

Herr Markus Tappe

CDU

Ratsmitglied

beratende Sachkundige Einwohner:

Frau Cornelia Baars

Sprecherin der Stadtschul-
pflugschaft

Frau Dorit Tönjes

Sachkundige Einwohnerin f.
Familienbeirat

Verwaltung:

Frau Sandra Jürriens

PV Schulverwaltung

Ausschussvorsitzender Herr Gude eröffnet die heutige Sitzung des Schulausschusses der Stadt Rheine.

Änderungsanträge zur Tagesordnung werden nicht gestellt.

Öffentlicher Teil:

1. Niederschrift Nr. 17 über die öffentliche Sitzung am 19.09.2023

Zu Form und Inhalt der o. g. Niederschrift werden weder Änderungs- noch Ergänzungsvorschläge vorgetragen.

2. Niederschrift der gemeinsamen Sitzung JHA/SchulA vom 07.06.2023

Zu Form und Inhalt der o. g. Niederschrift werden weder Änderungs- noch Ergänzungsvorschläge vorgetragen.

3. Informationen der Verwaltung

Herr Gausmann verweist auf die vorab zur Verfügung gestellten Informationen der Verwaltung. Zusätzlich informiert er über die Anmeldezahlen der Grundschulen für die Einschulung im Schuljahr 2024/2025. Aktuell seien 841 zukünftige Erstklässlerinnen und Erstklässler angemeldet. Weitere 39 Anmeldungen würden noch fehlen. Das bedeute, es könnten bis zu 881 Anmeldungen werden. Gemäß kommunaler Klassenrichtzahl dürften bei dieser Anzahl an Kindern bis zu 38 Eingangsklassen gebildet werden. An dieser Stelle verweist Herr Gausmann auf den Arbeitskreis Schulstruktur, der sich am 07.12.2023 mit dieser Thematik beschäftigen werde.

4. Einwohnerfragestunde

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

5. Arbeitsbericht der Volkshochschule Rheine Vorlage: 424/23

Herr Gausmann verweist auf die Vorlage und übergibt das Wort an Frau Kösters, Leitung der Volkshochschule (VHS).

Frau Kösters informiert, dass in der Vorlage ausführlich über die Tätigkeit der VHS im Jahr 2023 berichtet werde. Ferner führt sie aus, dass das Programm für 2024 fertiggestellt worden sei. Die Fachbereiche hätten die Inhalte einzeln in der Vorlage aufgeführt.

Es handelt sich um die letzte Schulausschusssitzung von Frau Kösters vor Antritt ihres Ruhestandes. Daher bedankt sie sich bei der Politik und der Verwaltung für die jahrelange Zusammenarbeit mit dem gemeinsamen Ziel „Bildung“. Alle politischen Beschlüsse, die in dieser Zeit getroffen worden sind, seien für Erfolge der VHS notwendig gewesen.

Die Mitglieder des Schulausschusses geben den Dank zurück und loben die gute Arbeit der VHS. Besonders positiv hervorgehoben werde die hohe Akzeptanz der Bevölkerung, das vorausschauende Handeln der VHS und die Anpassung „an die Zeichen der Zeit“, bezogen auf die vorschreitenden Entwicklungen im Bereich der Digitalisierung.

Herr Gude bedankt sich ebenfalls persönlich und im Namen des Schulausschusses.

Beschluss:

Der Schulausschuss nimmt den Arbeitsbericht der Volkshochschule (VHS) Stadt Rheine zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis: Kenntnis genommen

6. Lern- und Lebensraum Schule Vorlage: 400/23

Herr Gausmann stellt die Genese der Vorlage da.

Im ersten Teil der Vorlage gehe es um die räumlichen Rahmenbedingungen, die bis zur Einführung des OGS-Rechtsanspruches ab dem 01.08.2026 herausfordernd angegangen werden müssten. Der Rechtsanspruch sei an das SGB VIII, an die Jugendhilfe, gebunden. Die Stadt Rheine verfolge bereits das Ziel, die Schulgebäude im Rahmen der Grundschuloffensive als Lern- und Lebensraum auszubauen. Es sei unabdingbar notwendig, die bereits vorhandenen Räume intelligent und multifunktional zu nutzen. Die bauliche Erweiterung von Räumen über die Grundschuloffensive hinaus, sei aus vielerlei Hinsicht (finanziell, ökologisch, personell) nicht sinnvoll. Das Musterraumprogramm sei darauf ausgelegt, dass der Rechtsanspruch umgesetzt werden könne.

Des Weiteren gehe es um die qualitative Entwicklung des offenen Ganztags. Aus bestehenden Ressourcen sei begonnen worden, einen Qualitätsdialog zu entwickeln und zu strukturieren.

Weiteres Ziel sei die in der Schule vorhandenen Akteure einzubeziehen. Zu den Akteuren würden Kinder, Eltern, Schulleitungen, Betreuung – und Verpflegungsträger gehören. Allerdings weist Herr Gausmann ausdrücklich darauf hin, dass die Umsetzungen der Planungen nur durch Umschichtung des vorhandenen Personals oder mit zusätzlichen Personal möglich seien. Welche dieser beiden Möglichkeiten in Anspruch genommen werde, werde bei den Stellenplanberatungen im Januar entschieden. Es werde eine halbe Stelle benötigt.

Herr Krage äußert sich zustimmend zur multifunktionalen Nutzung von Räumen. Zum intelligenten Flächenmanagement gehöre es auch, zu schauen, welche Flächen in den Stadtteilen noch mitgenutzt werden könnten.

Frau Reinke von der Fraktion der CDU führt aus, dass es wichtig sei, dass Schülerinnen und Schüler sowie Eltern die Schule als Lebensraum wahrnehmen können. Wenn zu dieser Wahrnehmung beitrage, dass die OGS diverse Räumlichkeiten mit nutze, werde die multifunktionale Nutzung einerseits begrüßt. Andererseits werde die Mehrfachraumnutzung auch als große Herausforderung für den Schulbetrieb gesehen. Es würden Informationen zu Abläufen gewünscht werden. Außerdem stellt sie die Frage, ob es sinnvoll sei, dass die Zuständigkeit vollständig in den Jugendhilfeausschuss übergehe.

Herr Gude verweist auf die gemeinsame Sitzung des Schulausschusses und des Jugendhilfeausschusses im Juni dieses Jahres. Hier sei die Zuständigkeit definiert worden. Herr Gausmann ergänzt, dass gesetzlich festgeschrieben sei, dass alle Leistungen der Jugendhilfe in den Zuständigkeitsbereich des Jugendhilfeausschusses fielen. Allerdings befinde man sich in schulischen Räumlichkeiten, sodass das Ziel sei, durch eine gemeinsame Beratungsfolge oder in einer gemeinsamen Sitzung zu beraten und zu beschließen.

Herr Mollen betont, dass es sehr wichtig sei, die im Rahmen der Grundschuloffensive bisher noch nicht umgebauten Schulen entsprechend des Musterraumprogramms möglichst schnell baulich zu erweitern. Zudem spricht er an, dass die in der Projektbeschreibung genannten Oberpunkte parallel bearbeitet werden müssten, damit der Zeitplan von fünf Jahren eingehalten werden könne. Hierzu äußert sich Herr Gausmann zustimmend. Man müsse mehrere Oberpunkte priorisieren und zeitgleich bearbeiten.

Herr Mollen betont darüber hinaus, dass die Kooperation mit externen Vereinen sowie der Musikschule und anderen Organisationen mit dem Ausbau des Ganztags zunehmend an Bedeutung gewinne.

Auf Nachfrage von Herrn Jansen erläutert Herr Gausmann noch einmal, dass bisher fachlich mit dem Qualitätsdialog im Rahmen einer Projektgruppe gestartet worden sei. Dafür sei eine halbe Stelle aus einem anderen Bereich vorübergehend umgeschichtet worden. Zudem ergänzt er auf Anfrage von Herrn Schomaker, dass der Qualitätsdialog aufgrund der stetigen Entwicklungen im schulischen Bereich dauerhaft eingerichtet werde und nicht nach Ablauf der fünf Jahre aufgelöst werde.

Frau Meyer macht deutlich, dass die Schulen frühzeitig miteinbezogen werden möchten. Herr Gausmann hält es für sinnvoll, alle Akteure des offenen Ganztags frühestmöglich miteinzubeziehen. Es müssten nur gewisse Grundstrukturen geklärt werden, bevor weitere Akteure berücksichtigt werden können.

Die Mitglieder des Ausschusses diskutieren darüber, wie Punkt 2 des Beschlusses zu verstehen sei und ob eine getrennte Abstimmung sinnvoll sei. Konkret geht es darum, ob durch die Beauftragung der Verwaltung, ein Konzept für die Qualitätsentwicklung vorzuschlagen, auch automatisch eine Stellenerweiterung beschlossen werde. Es kommt zum gemeinsamen Verständnis,

dass der Auftrag keine automatische Stellenerweiterung impliziert. Es erfolgt kein Antrag auf getrennte Abstimmung.

Beschluss:

Der Schulausschuss

1. nimmt das Element der multifunktionalen Raumnutzung von Schulräumen zur Abbildung des Rechtsanspruchs auf einen Betreuungsplatz zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung, im Rahmen des beschlossenen Musterraumprogramms ein Konzept „Schulbetreuung im Primarbereich“ zu entwickeln.
2. beauftragt die Verwaltung, ein Konzept für die Qualitätsentwicklung in Form eines Qualitätsdialoges in Bezug auf Betreuungsangebote zu entwickeln, zu initiieren und im Rahmen des beschriebenen Qualitätsentwicklungsprozesses zur Weiterentwicklung der Offenen Ganztagschule zu begleiten.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

7. Konzept "Elternarbeit in Grundschulen"
Vorlage: 422/23

Herr Gausmann legt die Genese der Vorlage dar. Es handle sich um einen Zwischenbericht. In 2024 solle das Konzept weiterentwickelt werden. Empfehlung der Verwaltung sei, nach Beendigung der Pilotprojekte zu schauen, ob die Elternarbeit mit Unterstützung von sozialpädagogischen Fachkräften verstetigt werden kann und welche Ressourcen dafür benötigt werden würden.

Frau Reinke äußert dazu, dass gerade im Grundschulbereich aufgrund der heterogenen Schülerschaft der Unterstützungsbedarf durch sozialpädagogische Fachkräfte besonders hoch sei.

Herr Krage findet die Elternarbeit in dieser Form sehr sinnvoll, da sich so wieder ein Bild der zunehmend pluralisierenden Familien gemacht werden könne. Er möchte zu den im Bericht angesprochenen Themen, die an die Eltern herangetragen werden sollen, auch die Themen Schulsicherheit und Ernährung ergänzen.

Herr Mollen betont, dass die Eltern noch stärker geschult werden müssten, um erzieherische Defizite aufzuarbeiten. Die Erziehungsarbeit könne nicht ausschließlich in der Schule stattfinden.

Beschluss:

Der Schulausschuss nimmt den Zwischenbericht zur Erstellung des Konzepts „Elternarbeit in Grundschulen“ zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis: Kenntnis genommen

8. Zwischenstand Fortschreibung Medienentwicklungsplan
Vorlage: 416/23

Frau Gehrke verweist im Wesentlichen auf die Vorlage. Mit der Fortschreibung des Medienentwicklungsplans liege man im Zeitplan. Nahezu jeder Klassenraum sei mit der Standardausstattung ausgestattet worden. Einige letzte Arbeiten würden zurzeit noch erfolgen.

Frau Gehrke bedankt sich bei den Schulleitungen und den Medienbeauftragten für die intensive Mitwirkung bei den Workshops mit der IFIB. Dabei seien Anregungen und Bedarfe der Schulen aufgenommen worden. Einige Anregungen seien bereits umgesetzt worden. Das partizipative Element trage dazu bei, zu guten Ergebnissen zu kommen. Im Schulausschuss im Januar würde die Verwaltung die Ergebnisse des Prozesses sowie Vorschläge zur Fortschreibung des Medienentwicklungsplans vorlegen. Einschränkend muss Frau Gehrke verkünden, dass eine Fortsetzung des Digitalpakts, das heißt die finanziellen Fördermittel für Fortschreibung der Medienentwicklung an Schulen, frühestens für das Jahr 2025 angekündigt sei. Da passe der Anspruch an die Unterrichtsgestaltung und die Förderwirklichkeit nicht zusammen.

Frau Reinke lobt die Arbeit der Verwaltung an der Medienentwicklungsplanung. Im Vergleich zu anderen Kommunen sei die Medienentwicklungsplanung bereits sehr gut umgesetzt.

Frau Matzelle lobt aus schulischer Sicht ebenfalls die Verwaltung. Die Workshops seien bei den Medienentwicklungsbeauftragten gut angekommen. Die Entwicklung sei sehr transparent gemacht worden. Außerdem spricht sie sich lobend für die sofortige Umsetzung einzelner Ergebnisse aus dem Workshops aus, wie beispielsweise die Individualisierung der zur Verfügung stehenden Apps auf den Tablets nach den Bedarfen der jeweiligen Schule.

Herr Gude richtet ebenfalls dankende Worte an die Verwaltung. Er ärgert sich darüber, dass das Land durch die späte Anschlussförderung Zeit verstreichen lässt. Er spricht auch das Thema Schulung der Lehrkräfte an, was durch die Stadt Rheine übernommen worden sei, obwohl es sich bei den Lehrkräften um Landespersonal handle.

Herr Gausmann bedankt sich für das Lob, schließt sich jedoch auch dem Ärger von Herrn Gude an. Die Stadt Rheine habe die Verantwortung für eine vernünftige, auch inhaltliche Gestaltung des Unterrichtes mit neuen Medien übernommen. Bei Betrachtung der Verteilung der Aufgabengebiete zwischen Land und Kommune sei es skandalös, dass eine Kommune für die inhaltliche Gestaltung des Unterrichtes zuständig sei. Dies sei nicht Aufgabe einer Kommune. Daher bittet er die Politik, dass sie in ihren Kreisen dafür Sorge tragen sollten, dass die Kommunen nicht alleine gelassen werden. Die Verantwortungsabgabe des Landes ohne ausreichende Refinanzierung sei nicht verständlich.

Beschluss:

Der Schulausschuss nimmt den Zwischenstand zur Fortschreibung des Medienentwicklungsplans zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis: Kenntnis genommen

**9. Gutachten zur Informationssicherheit in Schulen und Verwaltung
Vorlage: 417/23**

Frau Gehrke legt die Genese der Vorlage dar. Mit dieser Vorlage solle zunächst das Ergebnis des Gesamtgutachtens präsentiert werden. Dann solle im Schulausschuss in Bezug auf die Belange der Schul-IT eine Maßnahmenplanung erarbeitet werden. Dazu würden weitere Beratungsfolgen vorgelegt werden.

Herr Mollen spricht an, dass nach den Empfehlungen der IFIB für die Bereiche Schulen sowie zentrale Verwaltung zwei halbe Stellen eingerichtet werden müssten. Allerdings gebe es einen Mangel an Personal auf dem freien Markt, welches die Anforderungen eines ISB erfülle. Die IFIB schlage zwei Optionen vor. Entweder man bilde jemanden selbst aus. Das würde circa vier

Jahre dauern, bis derjenige den nötigen Informationsstand erreicht und auch ein entsprechendes IT-Sicherheitskonzept erstellt habe. Die andere Möglichkeit bestehe darin, die Dienstleistung bei einem externen Unternehmen in Anspruch zu nehmen. Die IFIB argumentiere für die eigene Ausbildung. Herr Mollen schlägt vor, dass die beiden halben Stellen für beide Bereiche zu einer ganzen Stelle zusammengefasst werden sollen, um Synergien herzustellen. Dazu müsse jedoch angemerkt werden, dass der Schulbereich äußerst komplex und umfangreich sei. Die Problematik der Stellenbesetzung sei im Vortrag der IFIB Consult GmbH im Arbeitskreis Digitales deutlich geworden. Es sei der richtige Weg, die Angelegenheit nun offensiv anzugehen.

Frau Gehrke weist auf Nachfrage von Herrn Krage darauf hin, dass der Haupt-, Digital- und Finanzausschuss (HDF) eine inhaltsgleiche Vorlage bekomme. Frau Gehrke antwortet, dass die organisatorische Umsetzung noch zu klären wäre. Für beide Bereiche werde eine halbe Stelle für die operativen Tätigkeiten der Informationssicherheit vorgeschlagen.

Herr Gude formuliert zusammenfassend, dass die Informationssicherheit eine hohe Priorität habe. Zu beschließen sei nun die Beauftragung der Erstellung eines Plans zur Umsetzung der Maßnahmen aus dem Gutachten zur IT-Sicherheit. Die Organisation der Stellenbesetzung bleibe in Zuständigkeit des Haupt-, Digital- und Finanzausschusses.

Herr Mollen betont, dass die Chancen bei Ausschreibung einer ganzen Stelle höher wären, einen geeigneten Bewerber oder eine geeignete Bewerberin zu finden. Herr Gude bittet die Verwaltung, dies zu organisieren.

Frau Reinke findet wichtig, dass der nicht nur der Arbeitskreis Digitales, sondern auch der Schulausschuss regelmäßig über die Gefahrenlage informiert werde.

Herr Jansen argumentiert, weshalb seine Fraktion interne Besetzung favorisiere.

Herr Azevedo merkt an, dass es um zwei ganze Stellen gehe. Einmal für den operativen Bereich jeweils eine halbe Stelle für die Schul-IT und für die stadtinterne IT sowie eine Stelle für die strategische Ausrichtung auf Leitungsebene.

Herr Gausmann erklärt auf Nachfrage von Herrn Jansen, dass die Entscheidung der internen oder externen Stellenbesetzung spätestens im März im Rahmen der Stellenplanberatungen falle. Bezogen auf Herr Azevedos Beitrag sagt Herr Gausmann, dass es zum einen das strategische Problem gebe. Es gebe keinen Notfallplan für Gefahrenlagen im Bereich der IT. Man müsse sich präventiv einstellen. Diese Aufgabe sei eine Stabsaufgabe. Auf Ebene der Sachbearbeitenden müsse der operative Bereich abgedeckt werden. Damit sei die Beseitigung akuter Gefahren in der IT gemeint. Da die Abdeckung beider Bereiche notwendig sei, solle die strategische Sicherheit im Stellenplanentwurf mitabgebildet werden.

Beschluss:

Der Schulausschuss beauftragt die Verwaltung, einen Maßnahmenplan zur Umsetzung des Gutachtens zur IT-Sicherheit zu entwickeln.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**10. Übersicht über die Schulverhältnisse in der Stadt Rheine im Schuljahr 2023/24
Vorlage: 423/23**

Herr Gausmann verweist auf die Vorlage.

Herr Mollen merkt an, dass er in einigen Tabellen nicht markieren könne. Außerdem wäre es hilfreich gewesen, wenn in der Tabelle, in der die absoluten Zahlen der deutschen Kinder und der Kinder mit ausländischem Hintergrund an den städtischen Schulen abgebildet seien, auch der prozentuale Anteil angegeben worden wäre. Dann seien die Schulen besser vergleichbar.

Beschluss:

Der Schulausschuss nimmt die vorgelegte Übersicht über die Schulverhältnisse an den städtischen Schulen im Schuljahr 2023/2024 zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis: Kenntnis genommen

**11. Berichtswesen 2023, Stichtag 31.10.2023, Fachbereich 8, Produktgruppe 85
Vorlage: 352/23**

Unter Verweis auf die Vorlage ergänzt Frau Gehrke, dass das Land für den Ganztagsausbau im Primarbereich die Summe von 2,9 Millionen Euro Fördermittel zur Verfügung stelle. Die Zuwendung sei nach der Erstellung des Berichtswesens bekannt gegeben worden.

Herr Gausmann fügt hinzu, dass allein der Ausbau der Canisiusschule inklusive Ganztagsbereich fast 10 Millionen gekostet habe. Insofern spiegelt die Fördersumme nicht annähernd die Realität wider.

Beschluss:

Der Schulausschuss nimmt den unterjährigen Bericht für den Fachbereich 8 – Produktgruppe 85 – mit dem Stand der Daten zum 31.10.2023 zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis: Kenntnis genommen

**12. Berichtswesen 2023, Stichtag 31.10.2023, Sonderbereich 2, Produktgruppe 23
Vorlage: 357/23**

Herr Gausmann verweist auf die Vorlage.

Beschluss:

Der Schulausschuss nimmt den unterjährigen Bericht für den Sonderbereich 2 – Bildung, Produktgruppe 23 – mit dem Stand der Daten zum 31.10.2023 zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis: Kenntnis genommen

**13. Teiljahresabschlussbericht 2022 - Produktgruppe 85
Vorlage: 351/23**

Frau Gehrke verweist auf die Vorlage.

Beschluss:

Der Schulausschuss nimmt den Teiljahresabschlussbericht 2022 für den Fachbereich 8 – Produktgruppe 85 – zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis: Kenntnis genommen

14. Teiljahresabschlussbericht 2022 - Produktgruppe 23
Vorlage: 358/23

Herr Gausmann verweist auf die Vorlage.

Beschluss:

Der Schulausschuss nimmt den Teiljahresabschlussbericht 2022 für den Sonderbereich 2 – Bildung, Produktgruppe 23 – zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis: Kenntnis genommen

15. Anfragen und Anregungen

Frau Dirks, Vertretung der städtischen Schülerinnen und Schüler, meldet sich zu Wort. Sie merkt an, dass sie sich bereits im letzten Jahr zu den Problemstellen im Bereich des Schulbusverkehrs geäußert habe. Sie bedankt sich, da die Verwaltung damals großes Interesse gezeigt und die Lage auch verbessert habe. Zur Sicherheit der Schülerschaft sei in diesem Jahr eine erneute Abfrage gestartet worden. Im Ergebnis seien die Buslinien nach Mesum zu den Stoßzeiten immer noch sehr voll. Daher bittet Frau Dirks um eine Kontrolle der entsprechenden Buslinien.

Die Verwaltung sagt eine Prüfung zu.